

Gewerkschaftliche Monatshefte 4'86

Zu diesem Heft

Die Änderung des Paragraphen 116 Arbeitsförderungsgesetz (AFG) ist, mit den Stimmen der Koalitionsparteien CDU/CSU und FDP, parlamentarisch beschlossen worden. Damit ist ein weiterer, ausgreifender Schritt getan auf dem Weg des Abbaus von Arbeitnehmerrechten und der Schwächung der Gewerkschaften. In der zurückliegenden Auseinandersetzung um den § 116 AFG zeichnete sich ab, daß eine Mehrheit der Bevölkerung diesen antigewerkschaftlichen Kurs ablehnt. Die Einsicht, daß für eine soziaistaatliche Demokratie das ungefähre Gleichgewicht zwischen Kapital und Arbeit konsitutiv ist, ist glücklicherweise bei den Wählern verbreiteter als offensichtlich bei den Regierenden. Insofern dürfte deren neo-konservativ/liberales Konzept gegen starke Gewerkschaften, wie es z. B. in England und in den Vereinigten Staaten relativ „erfolgreich“ praktiziert wurde und wird, nicht ohne weiteres aufgehen. Dennoch: Koalitionsabsichten zur Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes beweisen, daß Ideologie und Machtpolitik für manch einen im Regierungslager offenbar vor Einsicht und Kompromiß gehen.

Die Dokumentation zum § 116 AFG in diesem Heft knüpft an jene zum „Franken-Erlaß“ an, die im Heft 7/84 enthalten ist.

Wie damals konnten wir auch diesmal bei weitem nicht alle wichtigen Dokumente berücksichtigen; einige-so z. B. die Erklärungen des Sozial-Ethischen Ökumenischen Arbeitskreises und der Historischen Kommission beim Parteivorstand der SPD - haben wir bereits in früheren Heften (12/85 und 2/86) veröffentlicht.

D. Red.